

Friede von Frankreich ratifiziert.

Die Kosten der Besatzungstruppen.

Die Kosten der Besatzungstruppen.

Lebensmittelversorgung im Winter.

Lebensmittelversorgung im Winter.

theil wegen der Offenbacher Unruhen.

theil wegen der Offenbacher Unruhen.

Mein Urtheil über den Sturz der deutschen Währung.

tigen. Die Arbeiterschaft hat ihren Achtundentag durchgesetzt und steht im Banne der bolschewistischen Theorie, daß um so mehr Arbeit für viele vorhanden ist, je weniger der einzelne tut, so daß die Arbeiter in den Fabriken saulenzeln und jedesmal eine Zusage fordern, wenn sie bemerken, daß neue Abschlüsse vorgenommen werden.

So läuft die Lavine des Bankrotts mit wachsender Schnelligkeit dahin, während die sozialistische Regierung sich mit der Aufgabe beschäftigt, die utopischen Ideen anzuführen, die sie seit Jahren gepredigt hat, und derweilen nichts Notwendiges beginnt. Blindlings, wenn auch mit dem äußern Anschein des Wohllebens, treibt das Land einem Ruin entgegen, der fürchterlicher ist, als wenn seine Feinde die Hauptstadt eingenommen und als Eroberer sein Wirtschaftsleben unter ihre Aufsicht genommen hätten. In diesem Falle hätte vielleicht das deutsche Nationalgefühl aus dem Glanz neue Kraft geschöpft, jetzt gibt es kein Nationalgefühl mehr, und die Nation fällt moralisch und wirtschaftlich in Stücke, denn es fehlen die starken Hände, die das Volk vor dem Kriege regiert und unnötigerweise in den größten aller Fehler geleitet haben.

Und wie steht es mit unsern Interessen? Wie erhalten wir die Kriegsschädigung, die uns zusteht? 5000 Millionen Pfund ist unsere erste Rate, und wir rechnen damit, unsere Steuern und Kriegsschulden zu einem erheblichen Theil damit begleichen zu können. Aber fast so schnell, wie wir rechnen können, verdunsten unsere erhofften Millionen mit dem Sturz der Mark. Wir können die deutsche Nation nicht zu unserm Elben machen; also müssen wir unsere Bezahlung in englischem, französischem oder belgischem Gelde erhalten, und dazu müssen die Deutschen die sechsfache Höhe des Vertrages bezahlen, weil ihre Mark nur den sechsten Theil ihres normalen Wertes besitzt, mit andern Worten 600 000 Millionen Mark, statt 100 000 Millionen, oder 8000 Mark auf jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in Deutschland. Es ist Zeit, daß wir uns dies alles klar machen und erkennen, daß Deutschlands Bankrott bedeutet: daß seine Gläubiger kein Geld erhalten: daß wir keine Ausfuhr nach Deutschland haben, und daß die Alliierten keine Entschädigungen bekommen. Der Fall der Mark aber ist der genaue Gradmesser für den Umfang und den Fortschritt dieser Gefahr.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 1. Oktober

Sunächst wurde das **Tumultschädengesetz** in erster Lesung zu Ende beraten und an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgte die Anfrage der Deutschen Volkspartei über den Tiefstand der deutschen Saluta. Abg. Dr. Hugo begründete die Interpellation und richtete dabei heftige Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Erberger.

In seiner Eingangsrede stellte Reichsfinanzminister G r a b e r g e r zunächst fest, daß es sich niemals um eine Noten-
abschleppung, sondern nur um den Notenumtausch gehandelt
hat, der von Finanzachverständigen im Gegensaß zu seiner
eigenen Ueberzeugung als zurzeit unzumutbar angesehen
wurde und deshalb aufgegeben worden sei. Ferner wies der
Minister darauf hin, daß unsere Saluta nach dem Verzicht
auf die geplanten Maßnahmen noch weiter gesunken sei.
Zwei Wege bezeichnet der Minister, auf denen man zu einer
Besserung unserer Saluta kommen könne: langfristige aus-
ländische K r e d i t e oder Bezahlung mit W a r e n. Letzteres
ist natürlich nur möglich, wenn die Produktivität der deut-
schen Arbeiter steigt. Ersteres, d. h. also langfristige Kredite,
kommen erst nach Ratifikation des Friedensvertrages durch
Amerika in Betracht und dann auch nur in dem beschränkten
Rahmen der auch von anderen Staaten an die Vereinigten
Staaten heranzutragenden Kreditwünsche. Mit einem Ver-
treter von H o l l a n d ist ein S a l u t a b k o m m e n abge-
schlossen. Das Ausland kennt unsere Verhältnisse und weiß,
daß sich der Wiederaufbau nur langsam vollziehen kann, daß
nicht von heute auf morgen wieder geschaffen werden kann,
was ein fünfjähriger Krieg weggerissen hat. Ich vertraue,
daß das deutsche Volk sich wieder in die Höhe arbeiten wird;
aber mit Zwangsarbeit ist es nicht getan. Ich bin gegen
die Zwangsarbeit. Aber wir bekommen sie vielleicht in an-
derem Sinne. Die Steuerlasten werden so werden, daß es nur
noch wenigen Menschen möglich sein wird, nicht zu arbeiten.
Die Arbeitslosenunterstützungen werden wir abbauen und zu
einer Arbeitslosenversicherung übergehen. Hoffentlich kön-
nen wir noch in diesem Jahre den Entwurf an die National-
versammlung bringen. Aber bis dahin müssen wir die be-
rechtigten Ansprüche der Arbeitslosen weiter erfüllen. Zur
Besserung der Verhältnisse wird auch mitwirken, daß die
Arbeiterchaft immer mehr von der Notwendigkeit durch-
drungen wird, daß die Arbeitsarbeit in diesem aber-
normen Umfange wieder eingeführt werden muß. Das V e r-
r i e b r ä t e g e z e t z betrachte ich als eine der wichtigsten
Maßnahmen, auch zur Hebung der Saluta. Werden die be-
rechtigten Wünsche der Arbeiter möglichst bald erfüllt, so
werden sie auch wieder Lust und Liebe zur Arbeit gewinnen.

Weder ist es eine Tatsache, daß der deutsche Kaufmann seine Ware viel zu billig an das Ausland verkauft. Das Ausland läßt über die deutsche Unterbietung. Dagegen muß Deutschland Maßnahmen treffen. Trotz mancher Rückschläge, die noch erfolgen können, geht es doch schon im deutschen Kolle aufwärts. Die Politik der Senkung unserer Lebensmittelpreise wird mit aller Energie fortgesetzt werden. In den nächsten Tagen werden wir einen Dreimilliarden-Kredit einbringen, um Auslandslebensmittel zu kaufen und diese zu billigen Preisen abgeben zu können. Die Schwierigkeiten in der Kohlenfrage liegen weniger auf dem Gebiete der Kohlenförderung als der Kohlen-Beförderung. Maßnahmen zur Förderung des Güterverkehrs gegebenenfalls auf Kosten des Personenverkehrs stehen bevor. Alle diese Fragen werden auf das eingehendste erwogen. — In einer späteren Rede führte Erzberger u. a. aus, so lange der Verband uns nicht unsere Zollgrenze im Westen wieder festsetzen läßt, ist es unmöglich, das deutsche Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen und eine gesunde Finanzpolitik zu treiben. Unsere Vorstellungen, die gleich nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bei dem Verande gemacht wurden, fanden keine Beachtung. Nach dem Abschluß des Friedensvertrages hat die Regierung zuerst dafür gesorgt, daß die besetzten Gebiete von der Militärherrschaft befreit und einer Zivilverwaltung unterstellt wurden. Darin ist uns der Verband entgegengekommen. Andererseits ist namentlich seit dem 12. August immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Erhebung der Zölle in Gold im besetzten Gebiet eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens ist. Endlich haben wir durch den Einfluß der englischen Regierung erreicht, daß gestern in Paris eine Besprechung stattfinden sollte, welche die Frage der Westgrenze und die Regelung der Zölle in Gold endgültig entscheiden sollte. Im letzten Augenblick ist die Besprechung auf den 10. Oktober verschoben worden. Ich habe den Wunsch ausgesprochen lassen, daß die Besprechung sofort stattfinden möge. Wir können nicht in den Hanfsstädten die Zölle in Gold erheben lassen und im Westen zu einem um 80 Prozent niedrigeren Zolle einführen. Das ist nicht nur für unsere Bedürfnisse, sondern für unser ganzes Wirtschaftsleben unzulässig. Französische, amerikanische, englische Waren kommen nicht über Hamburg, auch nicht Waren von Kopenhagen, sondern sie gehen über Rotterdam oder Antwerpen durch das besetzte Gebiet und werden unterzollt oder nur mit dem Papierzoll belastet eingeführt. Wir müssen dem Verande klar machen, daß uns die Wiedergutmachung unmöglich ist, wenn diese Wunde bestehen bleibt und daß der ausländische Kaufmannsstand sich nicht halten kann, wenn er sich hier eine Filiale in Wien oder sonst im besetzten Gebiete errichtet und dem ausländigen Kaufmann einen Wettbewerbsmacht, daß dieser sich nicht lebensfähig erhalten kann. Eine Verständigung hierüber liegt im Interesse der Verbündeten selbst. Es hat mit allen modernen Mitteln eine Unterredung an den Grenzen stattgefunden mit dem Erfolg, daß nicht in einem einzigen Falle festgestellt werden konnte, daß polbeamtet befehllich waren und verbotene Waren durchgelesen haben. Wir legen jetzt die Grenzkontrolle wieder in die Hände der Zivilverwaltung, und ich kann die Garantie übernehmen, daß die Klagen bald wieder verstummen werden.

Der Mehrheitssozialist Dr. Braun-Franken, schob die Hauptschuld an der schlechten Währung der Finanzwirtschaft des Herrn Delfischer zu. Er wehrte sich gegen jede Forderung der bisherigen Zwangswirtschaft und forderte Veröffentlichung von monatlichen Übersichten über die deutsche Ein- und Ausfuhr.

Der Demokrat Gothein wies nach, daß der schlechte Stand der Währung der natürliche Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Zustände unseres Landes sei. Ein internationaler Ausgleich sei dringend erforderlich. Die offenen Grenzen im Westen und die Unzuverlässigkeit vieler Zollbeamten schäfen günstige Gelegenheiten für den Schmuggelhandel und für Schieber. Der Redner trat für ein Verbot der Schokoladeneinfuhr und für Regelung unserer Kohlenpreise für die Auslandslieferungen zugunsten unserer Valuta ein. Er wehrte sich energisch gegen jede Unterbindung unserer Ausfuhr.

Reichswirtschaftsminister Schmidt sprach über die Notwendigkeit, die Lebensmittelpreise zu senken, und beschäftigte sich dann auch mit der Ledersteuerung. Er hoffte, daß der auf das Fünffache gesteigerte Lederpreis sich nach und nach wieder senken würde. Er teilte ferner mit, daß er einen Posten Petroleum abgeschrieben habe, aber die Preise enorm hoch seien. Bevor nicht eine Steigerung der Wälna eintrete, müßten für die Einfuhr große und langfristige Kredite in Anspruch genommen werden, die natürlich schwer zu beschaffen seien. Entscheidend für unsere Volkswirtschaft sei die Lösung der Kognakfrage, und mit deren Hilfe die Wiederbelebung unserer Industrie.

Abg. Schiele (D. N.) beleuchtete das derzeit bestehende unwirtschaftliche Verfahren, Kupfer und Zinn aus dem Auslande einzuführen und, auf der anderen Seite die Bestände der Heeresverwaltung an Kupfer und Zinn zu

Ausland zu verkaufen, um Zahlungsmittel für Lebensmittel zu beschaffen.

Der Redner des Zentrums, Volz, suchte den Reichsfinanzminister zu rechtfertigen, indem er der Revolution die Schuld an der Revolution und die Untergrabung der Staatsautorität vorwarf.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Eine deutsche Denkschrift zur Währungsfrage.

Die der Nationalversammlung vom Reichsminister der Finanzen zugestellte Denkschrift zur Währungsfrage gibt einleitend zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Währungsbewegung während des Krieges. Sie schildert die mit der Revolution beginnende katastrophale Wende, die zum fast vollständigen Niedrbruch geführt habe. Die Denkschrift gibt schließlich einen Überblick über die geplanten neuen Maßnahmen zur Hebung der Währung, und führt dazu u. a. aus: Das erste große Mittel ist eine innere Ruhe und Ordnung, unermüdete und geregelte Arbeit und strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten. Angestrebt wird eine bessere Regelung der Ein- und Ausfuhr, namentlich der Exporten, nach den Bedürfnissen Deutschlands und die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen. Damit muß auch die Zollgesetzgebung wirksam gestaltet werden. Die Preispolitik unseres Ausfuhrhandels muß den Bedürfnissen des Landes angepaßt werden, zumal der heutige Export zum Teil kein natürlicher, sondern infolge der Werterhöhung der Auslandsvaluta ein Ausverkauf ist. Die Preisprüfungsstellen dürfen einen gesunden Export nicht verhindern. Die harte Vorschrift der Fakturierung in Mark oder nur in fremder Valuta erscheint dem Interesse des Ausfuhrhandels abträglich. Unbedingt erforderlich ist, daß alle Finanzgeschäfte des Reiches und der Landesbehörden im Verkehr mit dem Auslande ihre vollständige Zusammenfassung beim Reichsfinanzministerium erfahren, dessen Kontrolle sich die Gemeinden für ihre ausländischen Finanzoperationen zu unterwerfen haben. Nutzen würde es versprechen, wenn die Leiter der Reichsbank und der deutschen Privatbanken regere Fühlung mit der Finanzwelt des neutralen Auslandes nehmen würden, wobei zu prüfen bliebe, ob angesichts des gemeinsamen Interesses aller Länder an einer größeren Stabilisierung aller Währungen der Boden für eine internationale Konferenz geebnet werden könnte, die besonders die Frage der großen internationalen Anleihe zugunsten der Länder mit den Verbandsvertretern der Valuta zu lösen hätte. Wichtig ist die Regelung der schwebenden und die Eröffnung neuer Währungskredite. Unsere Industrie schreitet nach Rohstoffen, zu deren Bezahlung uns die Mittel fehlen. Es muß gelingen, sie gegen Kredit oder gegen besondere Zahlungserleichterungen zu beschaffen. Dazu muß das geschwundene Vertrauen des Auslandes in unsere Arbeit und Zahlungsfähigkeit zurückkehren, wofür geregelte innere politische Verhältnisse und anhaltende Arbeit Vorbedingung sind. Erforderlich ist auch das Ende der Währungsschädigungen, die Kapital-Steuerflucht.

Die deutsche Politik der Tscheco-Slowakei.

In der Nationalversammlung sprach der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Benesch, über die außenpolitischen Verhältnisse der tschecho-slowakischen Republik. Bezüglich Deutschlands sagte er: Die Stellung zu Deutschland ist für uns ein vitales Problem, und deshalb müssen wir unsere Beziehungen zu Deutschland mit der größten Aufmerksamkeit prüfen und mit äußerster Umsicht und Vorsorge endgültig regeln. Die rechtliche Grundlage unserer Beziehungen zu den Deutschen, die im Friedensvertrag niedergelegt ist, genügt nicht. Das heutige Deutschland ist ein unfertiges Gebilde, das noch für viele Jahre vollständig mit seinen großen innern Krisen beschäftigt sein wird, aber wahrscheinlich bald wieder einen neuen Anlauf zur Auslands politik und zur Entscheidung der Weltverhältnisse nehmen wird; jedenfalls ist es heute noch nicht in der Lage, einen verhältnismäßig weniger starken Staat, wie es die tschecho-slowakische Republik ist, zu führen. Es liegt in unserem Interesse, eine loyale und korrekte Politik Deutschlands gegenüber zu betreiben, aber gleichzeitig schon heute ganz klar die Richtlinien für die Auslands politik unserer Republik zu fassen. Es ist selbstverständlich, daß wir jedem Versuch einer Wiederholung der alldutschen Politik mit der größten Energie entgegenzutreten werden. Den Deutschen gegenüber führen wir die gleiche Politik wie die Verbandsmächte. In Paris waren unsere Vertreter grundsätzlich nicht gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Wir werden ein demokratisches Deutschland unterstützen, das uns die Gewähr für gute Beziehungen bieten wird. Im Westen besteht jetzt große Sympathie für ein Bündnis der Donauraumstaaten. Aber ein solches Bündnis birgt die Gefahr einer monarchistischen Reaktion in sich. Die Reaktion kommt bei manchen unserer Nachbarn bestimmt. Danach müssen wir unsere innere Politik, unser Verhältnis zu den Deutschen und viele andere Reformen einrichten.

Der interparlamentarische Rat.

Zum ersten Male seit 1914 tritt in den nächsten Tagen der interparlamentarische Rat unter Zugleichung von Vertretern auch der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union zusammen. Am 25. September hat die deutsche Gruppe der interparlamentarischen Union im Reichstage eine Sitzung abgehalten, um sich neu zu bilden und zwei Vertreter für die am 7. Oktober in Genf stattfindende Sitzung

des interparlamentarischen Rates zu ernennen. Der Vorstand wurde neu gewählt und Abgeordneter Professor Dr. Schücking zum Vorsitzenden bestimmt. Neben ihm wurde das bisherige Mitglied des interparlamentarischen Rates, Professor Eichhoff, der gleichfalls dem Vorstand angehört, mit der Vertretung der Gruppe in Genf betraut.

Umsatz in Rußland?

Laut amtlicher Nachricht aus Washington ist die Sowjetregierung angeblich bereit, Friedensunterhandlungen zu eröffnen, und zwar zu Bedingungen, welche den Sturz der Kätcherrschaft, die Einstellung aller Einrichtungen und das Ende des Terrors bedeuten würden. Die Sowjetregierung verlangt dagegen Freigabe für die bolschewistischen Führer, unter ihnen Lenin, Trotski und Sinowjew, welche die Absicht haben, nach Südamerika zu gehen.

Aus Tanganika (am Schwarzen Meer) wird gemeldet, daß General Mamontow im Kampf gegen die Bolschewiki die Stadt Woroneß genommen habe. Seine Kavallerie unternahm einen Vorstoß, der die Befestigung des Bahnhofs von Liski ermöglichte. Mamontow rückte weiter vor, um Anschluß an die Front Denikins zu gewinnen. Diese Operation hatte zur Folge, daß 80000 rote Soldaten die Waffen niederlegten.

Aus dem Baltischen Lande.

Die Räumung des Baltischen Landes schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland abgeführt worden. Russische Truppen haben in Kurland die Sicherung gegen Riga übernommen und die Deutschen abgelöst. In der letzten Nacht fanden zwischen lettischen und russischen Truppen Patrouillengefechte statt.

Polen.

Nach einer in Wien vorliegenden Meldung aus Warschau haben die polnischen Truppen nach zweitägigem erbitterten Kampfe die Befestigungen von Danaburg am südlichen Ufer der Düna genommen.

Spanien.

Kämpfe in Marokko. Die Times meldet aus Madrid, daß die Offensive der Spanier gegen Rissuli begonnen hat. Die spanischen Truppen haben die ihnen für den ersten Tag gesteckten Ziele in schwerem Kampfe erreicht. Eine aus Einwohnern zusammengesetzte Truppenabteilung, die von spanischen Offizieren geführt, durch das Dorf San Salem zog, fiel in einen Hinterhalt. Rissuli ließ darauf die spanischen Offiziere ermorden.

Deutschland.

Der Ertrag der Portoerhöhungen wird zu einem erheblichen Teile wieder durch die teure Verwaltung verzehrt. Der Nationalversammlung ist eine Ergänzung zum Haushalt des Reichs, Post- und Telegraphenverwaltung zugegangen, die einen Ueberschuß von 346 Millionen vorsieht, wodurch sich, da der ordentliche Haushalt mit einem Fehlbetrag von 162 Millionen Mark abschließt, ein Ueberschuß von 184 Millionen Mark ergeben würde. Bei den Einnahmen des Ergänzungsetats kommt die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren mit einer Mehreinnahme von fast 400 Millionen Mark zum Ausdruck, denen 32 Millionen als Mindereinnahmen infolge der eintretenden Verschmelzung von Porto und Bestellgeld bei Briefbüchsen, Postanweisungen und Paketen gegenüberstehen. Aus der Erhöhung der Zeitungsgebühren ist eine Mehreinnahme von drei Millionen, aus der Verdoppelung der festen Gebühr für Auszahlungen im Postverkehr eine solche von 700 000 Mark eingeseht. Die fortwährenden Ausgaben der Haupt- und Betriebsverwaltung erhöhen sich um 22 Millionen Mark, von denen etwa 18 Millionen Mark auf die Anschaffung und Unterhaltung technischer Betriebsanlagen, Telegraphenlinien usw., sowie Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden entfallen. Bei den einmaligen Ausgaben findet sich eine Mehrausgabe von drei Millionen Mark zur Beschaffung von behelfsmäßigen Beamtenwohnungen, dagegen sollen einige geplante Dienstbanten unterbleiben, so daß die einmaligen Ausgaben mit einem Mehrbedarf von etwa zwei Millionen Mark abschließen.

Die Zigarettensteuer ergab im ersten Viertel des Rechnungsjahrs 1919 im deutschen Zollgebiet für Zigaretten 47,13 Millionen Mark; der Kriegszuschlag betrug 80,10 Millionen Mark; für Zigarettenabak stiegen 47,43 Millionen Mark und ein Kriegszuschlag von 81,13 Millionen Mark an.

Die Zukernot. Im Reichsrat erklärte der Berichterstatter zum Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker, daß noch nicht halbsoviel Zukerrüben angebau worden seien wie im letzten Friedenswirtschaftsjahre. Daher könne man nur mit einer Zukerzeugung von acht bis neun Millionen Doppelzentner rechnen. Die Zukerverzehrung soll zum Zweck des Anreizes zum Anbau durch Preisermäßigung gebessert werden und ferner durch Einfuhr von Zucker. Gegen die Preisermäßigung führte der bayerische Vertreter aus, daß sie zu hoch sei und den berechtigten Unwillen der Verbraucher hervorrufen würde; ähnlich äußerten sich auch Vertreter anderer Regierungen.

Ein Reichszuschuß zu den Mehrkosten der Lebensmittel, dessen Höhe jedoch entgegen anders lautenden Meldungen noch nicht feststeht, wird für das Halbjahr Oktober bis April notwendig werden. Die Herabsetzung der Auszahlung des Brotgetreides wird eine Verteuerung des Brotes bringen, die allein durch die Erhöhung des Brotpreises nicht gedeckt werden kann, wenn man diesen Preis

nicht allzusehr in die Höhe schnellen lassen will. Es hinzu, daß die Fortdauer der Druckschämie eine wesentliche Erhöhung der Reichsausgaben für die Ernährung bedingt. Die Gesamthöhe des Reichszuschusses wird abhängen, wie hoch sich der Brotpreis stellt. Darüber man im Augenblick noch nichts. Die Reichsregierung sich gleichzeitig mit der Angelegenheit der Steuerreform dringenden Frage zu beschäftigen haben, wie man Ausgabe aufzubringen gedenkt.

Zollfreiheit der Liebesgaben. Der Kommissar hat bereits vor einiger Zeit verfügt, ausländische Liebesgaben sendungen mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen ohne besondere Genehmigung zugelassen sind. Laut Reichsratsbeschluss fürartige Sendungen, die für Bedürftige gesendet werden an deutsche gemeinnützige Gesellschaften zur Verteilung richtet sind, bis auf weiteres zollfrei zu lassen. Die Zollscheine sind mit entsprechenden Anweisungen versehen worden. Für bereits eingegangene Spenden der besagten Art dürfen die Zollgefälle zunächst zurückerstattet werden, sofern über die Verwendung der Waren im Reichsratsbeschluss kein Zweifel besteht.

Parteiliches.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wählte Scheidemann zu ihrem Vorsitzenden.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 1. Oktober.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Beratung der Denkschrift über die Gewährung einer einmaligen Zulage an unmittelbare Staatsbeamte und die Beratung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für die einmalige Beschaffung von Staatsbeamten, Volksschullehrern usw.

Die beiden Gegenstände werden in der Beratung zusammengefaßt und auf Antrag des Abg. Schmiedding beide Vorlagen mit sämtlichen dazugehörigen Anträgen ohne Beratung dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die formale Anfrage der Sozialdemokratie über die Kohlennot im Leinengewerbe.

Abg. Fritsch (Soz.) begründet den Antrag, daß die Lieferung ausreichender Kohlenmengen gesorgt, daß die Anbaufläche im nächsten Jahre keine wird, daß das Saatgut gesichert wird.

Ein Vertreter der Staatsregierung: Es wird in Mitteln dafür gesorgt werden, daß der geerntete reiflos verarbeitet wird.

Das Haus beschließt die Beantwortung dieser Anfrage.

Abg. Koch-Deynhausen (Deutschnat. Volksp.) jede Beunruhigung von der Flachsbauindustrie zu nehmen und für einen genügenden Anbau an Flachsbau, eröffnet sich für uns eine gute Aussicht. Es hängt von der Kohlenenergie und Kohlenbeschaffung ab.

Abg. Wenke (Demokrat): Es muß Sorge genommen werden, daß die Mengen an lagerndem Flachsbau gearbeitet werden. Ich ersuche die Staatsregierung, zu sorgen, daß der Flachsbauindustrie die nötigen Mengen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Meyer-Erfurt (Deutschnat. Volksp.): Ich hiermit die Bitte aussprechen, daß auch vor anderen Betrieben gedacht wird, die infolge des Krieges in Mitleiden gezogen wurden. Die Steigerung unserer Produktion andererseits auch die Steigerung unserer Lebenshaltung, unserer Leinenindustrie, sollte an erster Stelle stehen.

Abg. Ludwig (U. S.): Um eine höhere Arbeitslohn zu erzielen, muß eine höhere Entlohnung, eine Arbeitszeit und eine Besserung der Wohnungsverhältnisse treten.

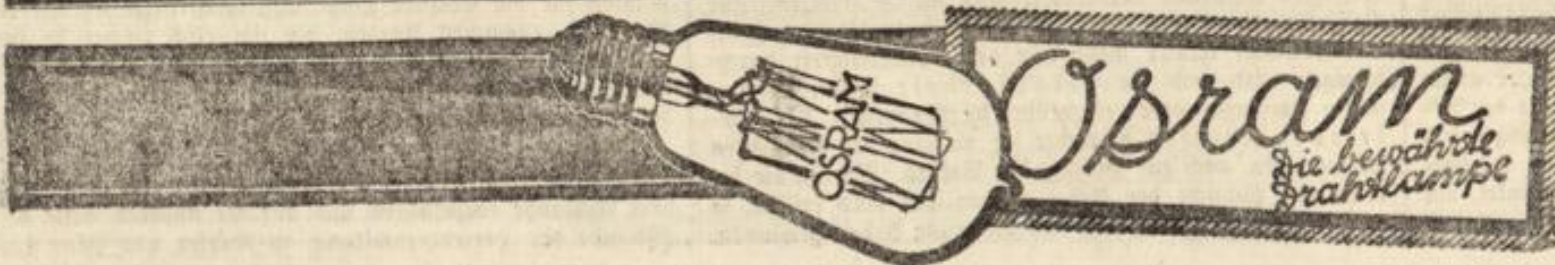
Abg. Steinbrink (Mehrheitssoz.): Die Erhaltung des Flachsbau und seiner Hilfsindustrien ist gar nicht genug einzuführen. Grundsätzlich der Kohlenbeschaffung allgemeinen steht fest, daß die Förderungsziffer für Kohlen Zeit gehoben hat, es muß möglich sein, Kohlen zu beschaffen.

Abg. Lang (Soz.): Die Ursachen, die in der Kohlenkrise liegen, sind nicht national, sondern international.

Abg. Brust (Zentr.): Der Kohlenlage im Leinengewerbe muß durch Erhöhung der Kohlenlieferung unbefriedigt werden. Während der ersten Zeit nach der Revolution ist die Arbeit der Bergleute mehrfach durch den Krieg verhindert worden. Jetzt haben wir aber wieder die Kohlenförderung von 1917. Wenn die Förderung nicht mehr gesteigert werden konnte, so liegt das an den mangelhaften technischen Einrichtungen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Das Haus beschließt die Beantwortung der Anfrage.

Abg. Cunow (Soz.): Die Reichsschuld auf 200 Milliarden und das ohne Rücksicht auf die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag. Die Milliarden aus dem Friedensvertrag werden die Schaffung von Monopolen unvermeidlich machen. Die Vermehrung muß möglichst scharf gestaltet werden, um eine Verringerung der Schuldenlast herbeizuführen. Sie dieser Gestalt aber auch einer wirksamen Sozialpolitik.



Osramwerke G. m. b. H.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems. Holzhauer

aus hiesiger Stadt, welche gesonnen sind, im kommenden Winter im Stadtwald Holz einzuschlagen, werden hiermit aufgefordert, sich am Mittwoch, den 8. Oktober, vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus (Hörsaal) pünktlich und persönlich zwecks Vertragsabschluss zu melden, spätere Meldungen werden nicht mehr berücksichtigt.
Es wird bemerkt, daß nur Leute, welche mit den einschlägigen Werkzeugen vertraut sind, angenommen werden können.
Bad Ems, den 3. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Brauten-Verein Bad Ems.

Einladung zu einer

Hauptversammlung

auf Samstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr im Rheinischen Hof.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme des Brautenvereins zu den Stadtverordnetenwahlen.
2. Verschiedenes

Allseitiges Erscheinen dringend erwünscht.

[937]

Der Vorstand.

Forsth. Rottmannshöhe

bei Bad Ems.

Sonntag, den 5. Oktober

nachmittags von 3 1/2 Uhr ab:

KONZERT

ausgeführt vom Salonorchester der Musikschule Köhler, Ems, unter persönlicher Leitung des Herrn Musiklehrers A. Köhler.

Eintritt 1,50 M. pro Person.

Von 3 1/2—6 Uhr kein Weinzwang.

Von 7 Uhr ab Weinzwang.

Von 9 Uhr ab Tanzkränzchen.

[896]

Auf nach Hömberg

Sonntag, den 5. Oktober 1919

Tanzbelustigung

mit Gesangsvorträgen des Gesangsvereins „Sängerlust“ im Vereinslokale des Gastwirts Karl Hehner.

Getränke nach Belieben.

FROSCHKÖNIG SPRICHT



Nicht der Preis
sagt, ob ein Mittel
billig ist, sondern
die Qualität.

Alle guten Eigen-
schaften vereinigt
der Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun

Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Sonntag, den 5. Oktober 1919,

nachmittags 2 Uhr findet in

Holzappel

im Gasthaus „Zum Deutschen Haus“ eine

Versammlung

der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen aus Holzappel u. Umgebung statt. Um zahlreiches Erscheinen bitten
die Einberufer.

Zentrumspartei Bad Ems

Die Wähler der Zentrumspartei werden zur

Hauptversammlung

am Sonntag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr
in der städt. Turnhalle zu Bad Ems.

hiermit ergebenst eingeladen.

TAGESORDNUNG:

1. Ausbau der Organisation auf demokratischer Grundlage. Die neuen Organisationssatzungen
2. Das Kommunalprogramm der Zentrumspartei Bad Ems.
3. Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt ein vollzähliges Erscheinen der Zentrumswähler, Frauen wie Männer.

Am Eingang zum Versammlungssaal ist Gelegenheit geboten, sich in die Mitgliederliste der Zentrumspartei Bad Ems einzutragen.

San.-Rat Dr. Stemmler

Obmann der Zentrumspartei Bad Ems.

Landwirte!

Von dem Herrn Administrateur des Unterlahnkreises ist für alle Gemeinden des Kreises für den 4. Oktober abends 8 Uhr Versammlung genehmigt zur Gründung der

Gemeindebauernschaft.

Gemeinden, in denen noch keine Vertrauensmänner namhaft gemacht sind, werden die Wahlpapiere von der Landwirtschaftskammer noch rechtzeitig erhalten.

Weitere Auskunft erteilen die unterzeichneten Organisationsmitglieder

Kasper, Rördorf
Wolf, Rördorf
Aug. Hofmann, Singhofen
Altenhof, Birlenbach

Guth, Herold
Stauch, Rasteneubogen
Dr. Schildwächter, Klingelbach

Garantiert reiner

Leinölkitt

liefert billigst

Albert Maus, Diez,
Glaseri u. Kittfabrikation
mit elektr. Betrieb. 1484

Klavier- stimmen

übernimmt

C. Mand, Coblenz,
Schloßstr. 36. 1686

Großabnehmer

für prima

Mechen u.

Maschinenstrob
in Waggonladungen gesucht [940]

H. Hirsch & Cie.,

Sillesheim (Rheinl.).

Alt-Messing

Kupfer, Zinn, Zink,
Blei etc.

kaufe stets jedes Quantum
zu höchsten Preisen.

Carl Grözingen.

Metallgießerei.

Adolfseck.

Langenschwalbach.

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Geld

In jeder Höhe

monatl. Rückzahlung

vorliehen sofort

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Feinste Marmelade,
holl. Süßrahmmargarine
sowie Nothekbäcklinge
empfiehlt [953]
M. Bräutigam, Ems.

Schöne Birnen
zu verkaufen [954]
Villa Ra goi, Ems.

Kaufe Möbel
ganze Einrichtungen zum
höchsten Wert.
Georg Faulhaber,
Coblenz, Florenz Platten-
gasse 5, Telefon 592.
Karte gewünscht [241]

Ein gut erhaltener
Fuhrwagen
zu verkaufen. [945]
Näheres Geschäftsstelle.

Ein gut erhaltenes
Fahrrad
zu verkaufen. [946]
Näheres Geschäftsstelle.

In größerem herrschaftl.
Landhausehalt (mit amer.
Ehepaar) gut empfohlene

Nöchin
gesucht.

Horstheim bei Coblenz.
Villa Marfana.

Ref. Coblenz 2155. [914]

Suche zum 1. November
nicht zu junges

Mädchen.

Frau Dr. Antke,
Raffan. [913]

Stundenmädchen
für vormittags gesucht. [920]

Frau Roth, Oranienweg 1, Ems.

Prima Schweineschmalz
eingetroffen.
Heinrich Umsonst Ems.
Telefon 2 [919]

Schreibmaschinen-
Fräulein!
Ein hiesiges, kaufmännisches
Kontor sucht ein

Fräulein
mit guter Allgemeinbildung
zum baldigen Eintritt.
Perfektes Maschinenschie-
ben, Stenografie und schöne,
saubere Handschrift Bedingung
Angebote mit Gehaltsansprü-
chen u. C. 298 an die Ge-
schäftsstelle der Emser Bei-
tung. [917]

Geb. kath. Frä. 35 J. alt,
auch im Geschäft: erfahren, sucht
Stelle als

Haushälterin.

Gest. Angebote u. J. D. 1320
an die Geschäftsstelle. [943]

Tüchtiges
Mädchen

wegen Erkrankung des jetzigen
sofort oder später gegen hohen
Lohn gesucht.

Frau D. Sommer, Ems,
Admistrasse 96.

Jüngeres Mädchen
zu 2 kleineren Kindern für sofort
gesucht. Meldungen [928]

Rheinischer Hof, Gießeler,
Bad Ems.

Stundenmädchen
für vormittags gesucht.

Frau E. Unverzagt,
Lura Bahnhof Ems.

Ems.
Israelitische Gottesdienst.
Freitag nachm. 1/0
Freitag abend 6/00
Bredigt
Samstag morgen 7/30
Sonntag 8/20
Schlafgebet 4/0

Hoher Feiertage halber
bleibt mein Geschäft
Samstag
geschlossen.

Henriette Thalheimer
Bad Ems.

Junge Hühner,
Suppenhühner.
Heinrich Umsonst, Ems.
Telefon 2.

Liefere prima
Speise-Kartoffeln
(gelbe Industrie).
Bezugschein sind nicht
abzugeben.
Franz Maus, Grabenstraße 10.

Zahnersatz
mit und ohne Platte in 20 Tagen
Gold, garantiert erstklassig
Ausführung in Kaufma-
terial, Plombieren
Zahngelassen möglichst
108 — Behandlung sämtlicher
Kassenmitglieder.
J. Ehrenberg, Dentist
Diez a. R. Rosenstraße

Gebrauchter Kleinfuhrwerk
wenn auch altmodisch, aber
erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis u. N. 2.
an die Geschäftsstelle.

Gut erhalt. 3. Laufwerk
1 Schleifwerk, 1 H.-Rup-
schlein, 1 Herren- u. Damen-
uhr, 1 Sommer-, 1 Winter-
überzieher oder Mantel, ein
ein Anzug für mittl. u. un-
ter Person. Angebote mit Preis
u. J. 338 an die Geschäfts-
stelle. Ems. Btg.

Ein 4-rädriger
Handwagen
mit Leitern zu verkaufen, auch
1 kleines Wagenrad
Näheres Geschäftsstelle.

Kirchliche Nachrichten
Bad Ems.

Evangelische Kirche.
Sonntag, 5. Okt. 16. E. a. D.

Borm. 10 Uhr: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Text: Joh. 8, 1—12

Bieder: 28, 208 B. 4.

Nachm. 2 Uhr: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Text: Gott über all.

Bieder: 7, 421 B. 4.

Amiswoche: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 5. Okt. 16. E. a. D.

(Deutsche Zeit)

Morg. 10 Uhr: Hr. Pfarrer

Abends 5 Uhr: Hr. Pfarrer

Amiswoche: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Danach: Kinder Gottesdienst